



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009

Hans Hirter, Adrian Vatter

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
„Gegen den Bau von Minaretten“	1'534'054 57.5%	1'135'108 42.5%
„Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten“	837'119 31.8%	1'797'876 68.2%
Spezialfinanzierung Luftverkehr	1'608'923 65.0%	867'514 35.0%

Stimmbeteiligung: 53.8 %

gfs.bern
Forschung für Politik, Kommunikation und Gesellschaft
Hirschengraben 5
3001 Bern

Tel. 031 / 311 08 06
Fax 031 / 311 08 19
e-mail: info@gfsbern.ch

Universität BERN
IPW
Lerchenweg 36
3000 Bern 9

Tel. 031 / 631 83 31
Fax 031 / 631 85 90
e-mail: hirter@ipw.unibe.ch

VOX vom 29.11.2009

Hauptresultate der Analyse der Abstimmung vom 29.11.2009

Am 29. November 2009 hatten die Stimmberechtigten über drei Vorlagen abzustimmen. Zum Entscheid standen erstens eine Verfassungsänderung für eine Neuregelung der Verwendung der Steuern und Zuschläge auf Treibstoffen für den inländischen Flugverkehr, zweitens eine Volksinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee für ein Exportverbot für Kriegsmaterial und drittens eine Volksinitiative aus SVP- und EDU-Kreisen für ein Bauverbot für Minarette. Das Volk stimmte der Minarettinitiative mit 57.5% zu. Es hiess auch die Neuordnung der Verwendung der Treibstoffabgaben im Flugverkehr gut und verwarf das Waffenausführverbot deutlich. Die relativ hohe Beteiligung von 53.4% kam nicht wegen der überdurchschnittlichen Mobilisierung einzelner Gruppen zustande. So beteiligten sich z.B. die Ausländern gegenüber kritisch eingestellten Personen oder die Verteidiger einer starken Armee nicht häufiger als andere. Die einzige Ausnahme bildeten konservative junge Frauen, die eine für ihre Altersklasse ungewohnt hohe Partizipationsrate aufwiesen.

Die Abstimmung über das Minarettverbot

Das Stimmverhalten zur Minarettinitiative war sehr stark vom Links-Rechts-Gegensatz geprägt. Die Linke lehnte sie mit über 80% Nein-Stimmen deutlich ab. Die Rechte stimmte ihr fast ebenso klar zu. Die Extremwerte ergaben sich bei der äusseren Linken mit 11% Ja und der äusseren Rechten mit 85% Ja. Entscheidend für den Ausgang der Volksabstimmung war deshalb das Verhalten der politischen Mitte. Diese nahm das Minarettverbot im Verhältnis zwei zu eins an und verhielt sich damit grundsätzlich anders als bei früheren ausländerpolitischen Abstimmungen. Die Sympathisanten der SVP standen nahezu geschlossen hinter der Initiative, die Anhänger der Grünen und der SP lehnten sie massiv ab. Die Lager der FDP und der CVP waren gespalten. Beide entschieden sich knapp gegen die Parteiparole (54% Ja bei der CVP, 60% bei der FDP).

Das Verdikt der Volksabstimmung lässt sich nicht allein mit Fremdenfeindlichkeit und dem Widerstand gegen die Globalisierung und einen daraus resultierenden Identitätsverlust der Schweiz erklären. Personen, welche die Einwanderung von Ausländern negativ beurteilen, und solche, die sich eine traditionelle und auf sich selbst bezogene Schweiz wünschen, haben das Minarettverbot erwartungsgemäss fast einhellig unterstützt. Bemerkenswerter ist jedoch, dass auch von denjenigen, die sich für die Chancengleichheit zwischen Schweizern und Ausländern aussprechen resp. sich für eine weltoffene und moderne Schweiz einsetzen, rund 40% für das Minarettverbot stimmten.

Von den gesellschaftlichen Merkmalen wirkte sich die formale Bildung am stärksten auf den Abstimmungsentscheid aus. Wer als Bildungsabschluss eine Berufslehre vorweisen kann, stimmte zu 76% mit Ja. Wer eine höhere Berufsschule oder eine Hochschule besuchte, war nur zu 48% resp. 34% für das Minarettverbot. Sowohl reformierte als auch katholische Christen stimmten zu rund 60% für die Initiative, wobei die Intensität der Glaubensausübung keine Rolle spielte; religionslose Personen lehnten sie ab.

Insgesamt gab es keine signifikanten Unterschiede im Abstimmungsverhalten nach Geschlecht und Alter. Im Gegensatz zu den nach der Abstimmung geäusserten Vermutungen ist das Minarettverbot aber bei den linken Frauen sehr schlecht angekommen: Nur 16 Prozent stimmten dafür, bei den linken Männern waren es mit 21 Prozent etwas mehr. Eine stärkere Sympathie der Frauen gegenüber den Männern für das Minarettverbot bestand nur im Lager der Rechten: Hier legten 87 Prozent der Frauen und bloss 71 Prozent der Männer ein Ja in die Urne.

Bei den Entscheidungsmotiven der Befürworter wurde am häufigsten die Absicht genannt, ein Zeichen gegen die Ausbreitung des Islam und des von ihm propagierten Gesellschaftsmodells zu setzen. Viele fügten denn auch an, dass Minarette nichts mit der Religionsausübung zu tun hätten. Etwa jeder sechste Befürworter begründete seinen Entscheid als Reaktion auf die Diskriminierung der christlichen Kirchen in islamisch geprägten Ländern. Konkrete Kritik an den in der Schweiz lebenden Muslimen gaben nur 15% der Ja-Stimmenden als Entscheidmotiv an.

Die Zustimmung zum Minarettverbot darf auf jeden Fall nicht als generelle Ablehnung der in der Schweiz lebenden Muslime interpretiert werden. So erklärte sich eine Mehrheit von 64% aller Stimmenden voll oder ziemlich davon überzeugt, dass sich die schweizerische und die islamische Lebensweise gut vertragen. Auf das Stimmverhalten wirkte sich diese positive Einschätzung aber überhaupt nicht aus. Auch diejenigen, welche von einer sehr guten Verträglichkeit ausgehen, stimmten dem Verbot des Baus neuer Minarette mit einem Ja-Anteil von 49% zu.

Bei den Gegnern war die Einschränkung der in der Verfassung garantierten Grundrechte auf Religionsfreiheit und Nichtdiskriminierung für ihre Nein-Stimme ausschlaggebend.

Die Abstimmung über das Kriegsmaterialausfuhrverbot

Der individuelle Entscheid über das Exportverbot für Kriegsmaterial wurde zur Hauptsache von der Einordnung auf der Links-Rechts-Skala bestimmt. Je weiter links sich jemand einstufte, desto eher war er dafür. Es war den Initianten aber nicht gelungen, zusätzlich zur Linken auch einen namhaften Teil der politischen Mitte für ihr Anliegen zu gewinnen. Personen, die sich zur Mitte zählen, lehnten das Begehren mit 80% fast gleich stark ab wie die Rechte. Praktisch ungeteilte Zustimmung fand das Waffenexportverbot nur bei den Grünen, bei der SP befolgte nur etwas mehr als die Hälfte (58%) die Ja-Parole. Die Sympathisanten der drei grossen bürgerlichen Parteien lehnten die Initiative sehr deutlich ab, die CVP mit 82% Nein, die SVP mit 87% und die FDP mit 88%. Die Kritik an der Schweizer Armee stand bei dieser Abstimmung nicht im Zentrum: Das Exportverbot wurde auch von fast jedem zweiten Armeekritiker abgelehnt.

Je höher die formale Bildung einer Person, desto grösser war die Wahrscheinlichkeit für ein Ja. Allerdings überwog bei allen Bildungsgruppen, also auch bei den Stimmenden mit einem Hochschulabschluss, das Nein. Im Gegensatz zur Initiative für die Armeeabschaffung von 1989 war das Abstimmungsverhalten nicht linear an das Alter geknüpft. Den höchsten Ja-Stimmenanteil erzielte das Waffenausfuhrverbot nicht bei den jüngsten Stimmenden (31%), sondern bei den 40-49jährigen (42%). Frauen haben der Initiative nicht signifikant häufiger zugestimmt als Männer.

Genau die Hälfte der Ja-Stimmenden gab für ihren Entscheid pazifistische Gründe an. Sie hofften, mit ihrem Ja einen Beitrag zur Verhinderung von Kriegen zu leisten. Rund jeder siebte Ja-Stimmende glaubte, ein Ja zu den Rüstungsexporten (und nicht zur Initiative) abgegeben zu haben. Hätten diese Personen ihren Interessen gemäss mit Nein gestimmt, wäre der Ja-Anteil wohl unter die 30%-Marke gefallen. Für 80% der Gegner waren wirtschaftspolitische Gründe ausschlaggebend. Dabei dominierte ganz klar die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen.

Die Abstimmung über die Spezialfinanzierung im Flugverkehr

Mit dem obligatorischen Referendum über die Neuregelung der Verwendung der Abgaben auf Treibstoffen im Flugverkehr haben sich die Stimmberechtigten nur wenig auseinandergesetzt. Entsprechend schlecht war denn auch der Kenntnisstand.

Befürworter und Gegner unterschieden sich sowohl in Bezug auf ihre politische Einstellung als auch auf ihre soziostrukturellen Merkmale nur wenig. Die Nein-Stimmenden waren einzig bei den Angehörigen der äusseren Linken in der Mehrzahl, die gemässigten Linken stimmten hingegen nicht anders als Personen aus der Mitte und rechts von der Mitte.

Für eine Mehrheit der Befürworter war es eine Sache der Gerechtigkeit, dass der Flugverkehr die von ihm abgelieferten Sonderabgaben auf Treibstoffen für seine eigenen Zwecke verwenden darf. Bei den meisten Gegnern gab die umweltschutzpolitisch motivierte grundsätzliche Kritik am Flugverkehr den Ausschlag für das Nein.

Zur Methode

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer *von der VOX-Partnerschaft realisierten repräsentativen Nachbefragung*. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Befragung in den zwei Wochen nach der Volksabstimmung vom 29. November 2009 durch, wobei 31% der Interviews in den ersten fünf Tagen nach der Abstimmung stattfanden. Die Analyse der Daten wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (IPW) vorgenommen. Die Befragung wurde von 74 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch ausgeführt, wobei das Forschungsinstitut gfs.bern als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Interviews extern zu beaufsichtigen. Für die BefragterInnen und die Befragten war diese Überwachung nicht erkennbar, sie wussten aber von deren Existenz. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren. Der Stichprobenumfang beträgt 1008 stimmberechtigte Personen. Die Grösse der Stichprobe ergibt bei einer reinen Zufallsauswahl und einer Verteilung der Prozentwerte von 50%:50% einen Stichprobenfehler von ± 3.2 Prozentpunkten. Bei einer geringeren Stichprobengrösse erhöht er sich, z.B. bei den 722 effektiven AbstimmungsteilnehmerInnen auf ± 3.7 Prozentpunkte. Liegen die Prozentwerte weiter auseinander, so reduziert sich der Stichprobenfehler.